

Änderungsantrag Nr.

TE110

Beantragt von

[Boris Tourovsky](#)

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Kommunikationsfreiheit, Digitales Zeitalter, Medienkompetenz

Schlagworte Contra

Rechtsfreier Raum, Killerspiele

Beantragte Änderungen

Der Antrag ist konkurrierend zu [Jugendschutz 1](#), da es um einen Punkt im Vergleich zu Jugendschutz 1 erweitert ist (letzter Unterpunkt, "Aufklärung und Medienkompetenz").

Es wird beantragt, folgenden Punkt mit Unterpunkten in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei aufzunehmen:

Jugendschutz im Zeitalter der globalen Vernetzung

Mediale Inhalte untergehen seitens staatlicher Stelle in Deutschland einer strengen Kontrolle, die deren Übereinstimmung mit jugendschutzrechtlichen Richtlinien überprüft. Der Einzug von Computern und des Internets ins tägliche Leben hat diese Vorgehensweise allerdings vor enorme Herausforderungen, welche sowohl mit dem Aufkommen neuer Inhaltsformen wie Computerspielen oder sozialer Netzwerke als auch mit der Etablierung des Internets als einer globalen alters- und länderunabhängigen Kommunikationsstruktur zusammenhängen.

Eine mechanische Übertragung von Praktiken der Vergangenheit, die für andere Medien entwickelt und eingesetzt wurden, kann diesen Herausforderungen auf keinen Fall gerechtwerden. Vorgehen, welche die veränderten Gegebenheiten nicht beachten, werden leicht zur Gefahr für die Privatsphäre und die Kommunikationsfreiheit der Bürger. Bereits jetzt werden Argumente des Jugendschutzes dazu verwendet, den Zugang zu bestimmten Inhalten wie z.B. Filmen und Computerspielen in Deutschland erheblich zu erschweren. Eine Übertragung dieser Maßnahmen auf neue Kommunikationsstrukturen im Netz würde die gesetzliche Grundlage für eine Zensur des Internets bilden und ist somit strikt abzulehnen.

Grundsätzlich bedarf die heutige Auslegung des Jugendschutzes einer grundlegenden, kritischen Evaluierung, welche auf die damit verbundenen Gefahren wie auch auf deren allgemeine Effizienz eingeht.

Aufklärung und Medienkompetenz als zentrale Anliegen des modernen Jugendschutzes

Bedingt durch das Aufkommen neuer Kommunikationsstrukturen wird immer offensichtlicher, dass der Fokus von Jugendschutzbestimmungen sich weg von restriktiven Maßnahmen und in Richtung Aufklärung bewegen muss. Die Medienkompetenz und der verantwortungsvolle Umgang mit Medien muss in der Gesellschaft insgesamt, sowohl unter Erwachsenen als auch unter Jugendlichen und Heranwachsenden, gefördert werden. Dadurch können die Gefahren des digitalen Zeitalters gebannt werden, ohne dass dabei eine zensurähnliche Einschränkung der Kommunikationsfreiheit vorgenommen werden muss.

Begründung

Wir haben im Wahlkampf, über Pressemitteilungen und auf diversen Aktionen ("Killerschach" etc.) uns bereits öfters zu dem Themenkomplex geäußert, außerdem ist das Thema Jugenschutz gleich mit mehreren unserer Kernthemen verknüpft (Zensur, freies Internet, keine Bevormundung der Bürger). Deshalb erscheint es mir durchaus angebracht, die Position zum Jugenschutz in das Grundsatzprogramm einzubringen. Der Antrag ist absichtlich sehr allgemein formuliert, da es sich um das Grundsatzprogramm handelt und somit eine Grundlage für tagespolitische Aussagen bzw. Forderungen bilden soll und nicht selbst auf konkrete Fragestellungen eingeht. Der konkurrierende Antrag "Jugendschutz1" ist wortgleich bis auf den Verzicht auf das Thema "Medienkompetenz".